

**RICO SCHUMANN**  
Rechtsanwalt

RA Schumann \* Lindenstr. 24 \* 18465 Tribsees

Landgericht Hannover  
Volgersweg 65

30175 Hannover

*Antrag laut*

*Fas*

*01491/5060809*

Landgericht Stralsund

Lindenstraße 24  
18465 Tribsees

Telefon: 038320 / 712023

Bankverbindung:  
IBAN: DE92150505000100139280  
BIC: NOLADE21GRW

Steuernummer: 082/272/03561

0712813 S 24.02.14

**In der Strafsache**

gegen  
Peter Fitzek

**Geschäftsnummer: NSZ 45 Ns 7231 Js 21262/13 (1/14)**

möge das Gericht zur Frage der Notwendigkeit zur Einholung eines psychiatrischen Gutachtens nachfolgende Ausführungen beachten:

Nach Ansicht der Verteidigung bedarf es eines psychiatrischen Gutachtens nicht. Auf die Rechtsauffassung des Angeklagten zu Führerscheinen des Königreiches Deutschland kommt es vorliegend nicht an.

Bereits der objektive Tatbestand ist nicht erfüllt. Denn der Angeklagte hat auf seinen Führerschein gegenüber der zuständigen Fahrerlaubnisbehörde nicht verzichtet. Dies wird die Beweisaufnahme ergeben. Der Angeklagte gab zwar seinen Führerschein an die Fahrerlaubnisbehörde der Lutherstadt Wittenberg zurück. Den ihm schriftlich am Tag der Rückgabe vorgelegten Verzicht hat der Abgeklagte jedoch ausdrücklich nicht unterschrieben mit dem Hinweis, dass er auf die Fahrerlaubnis selbst nicht verzichten will.

Der Unterzeichner war nach Bekannt werden eines Strafverfahrens durch die Staatsanwaltschaft Dessau - ebenfalls wegen Fahren ohne Führerschein - beim Amtsleiter der Fahrerlaubnisbehörde der Lutherstadt Wittenberg zur Klärung der Angelegenheit vorstellig geworden.

Der Amtsleiter erklärte gegenüber dem Unterzeichner, dass der Verzicht auf die Fahrerlaubnis allein auf seiner Wertung

beruht. Der Amtsleiter hat erst kürzlich mit Schreiben vom 19.02.2014 zugeben müssen, dass die Mitteilung über Tatsachen - hier die Wertung des Verzichts bzw. das Erlöschen der Fahrerlaubnis - dem Angeklagten hätte mitgeteilt werden müssen. Am 25.05.2013 legte der Angeklagte über den Unterzeichner als Bevollmächtigten Widerspruch gegen den Entzug der Fahrerlaubnis ein. Die Fahrerlaubnisbehörde weigert sich bis dato über den Widerspruch zu entscheiden, so dass hier mittlerweile Klage geboten ist. Widerspruch und Anfechtungsklage haben aufschiebende Wirkung. Auch dies beachtet die zuständige Fahrerlaubnisbehörde bis dato nicht.

Es wird davon ausgegangen, dass dem Gericht der Unterschied zwischen Fahrerlaubnis und Führerschein bekannt ist. Aus der Rückgabe des Führerscheins allein kann nicht ohne weiteres auf den Verzicht auf die Fahrerlaubnis geschlossen werden, insbesondere dann nicht, wenn der erklärte Wille entgegensteht. Wenn die Fahrerlaubnisbehörde jedoch die Rückgabe des Führerscheins als Verzicht auf die Fahrerlaubnis wertet, so hat die Behörde dies dem Betroffenen mittels Bescheid mitzuteilen. Dies ist unterblieben. Das Rechtswidrige Handeln der Führerscheinbehörde ist der Grund für dieses Strafverfahren.

Der Angeklagte ging zur Tatzeit davon aus, dass er noch im Besitz der Fahrerlaubnis ist. Nach Rechtsauffassung der Verteidigung darf der Angeklagte auch heute noch davon ausgehen.

Davon durfte er auch ausgehen. Der Angeklagte erhielt auch vom Unterzeichner als seinen Rechtsbeistand die Rechtsauskunft, dass allein durch die Rückgabe des Führerscheins an die Fahrerlaubnisbehörde die Fahrerlaubnis selbst nicht erloschen ist, insbesondere wenn der Verzicht nicht höchstpersönlich erklärt wurde. Die Fahrerlaubnisbehörde müsse ihn über das Erlöschen der Fahrerlaubnis ggf. mittels Bescheid informieren oder ihn zur Abholung des Führerscheins auffordern. Es darf erwartet werden, dass Behörden rechtskundig sind und ihr Verhalten und Handeln daran ausrichten. Das hier in einem derart krassen Fall dies nicht so geschah, hat der Angeklagte nicht zu vertreten.

Darüber hinaus besitzt der Angeklagte einen paraguayischen Führerschein. Aufgrund des „Wiener Übereinkommens für den Straßenverkehr“ ist die Bundesrepublik Deutschland und alle ihr angeschlossenen Behörden und Gerichte verpflichtet, diesen Führerschein und die damit ausgesprochene Fahrerlaubnis zu beachten und anzuerkennen. Der Führerschein wurde in der ersten Instanz bereits vorgelegt. Daraufhin wollte der Vorsitzende das Verfahren bereits einstellen.

Der Angeklagte bat jedoch darum diesen Führerschein unbeachtet zu lassen, da es ihm auf die Statuierung des Königreiches Deutschland ankomme. Auch dies bietet keinen Anlass, an der Schuldfähigkeit des Angeklagten zu zweifeln. Das OLG Naumburg entschied in einem Strafverfahren gegen den jetzigen Angeklagten wegen des Verdachtes von Kennzeichenmißbrauch, dass der Angeklagte nicht in rechtswidriger Absicht gehandelt hat, da er sich zum Ziel gesetzt hat, in der Bundesrepublik Deutschland eine neue Staatsform mit eigenen Mitteln aufzubauen und dies durch die von ihm entworfenen Kennzeichen zum Ausdruck bringt. So das OLG Naumburg in seinem Beschluss vom 10. Januar 2012 zum Aktenzeichen 1 Ss 52/11. Das OLG Naumburg hat dem Angeklagten hier weder eine psychiatrische Störung noch eine Rechtsauffassung attestiert, die eine psychiatrische Störung des Angeklagten nahe legt.

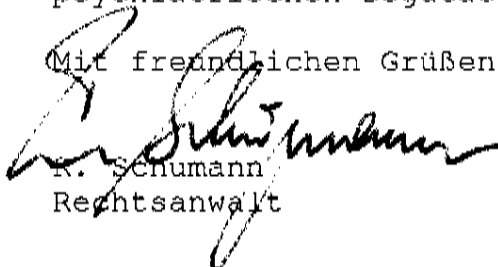
Demgemäß macht der Angeklagte auch bei Benutzung der Führerscheine des Königreiches Deutschland die Gründung eines neuen deutschen Staates deutlich und bringt dies damit zum Ausdruck.

Niemanden ist es verboten einen Staat zu gründen und aufzubauen. Die internationalen Regeln des Völkerrechts stehen dem nicht entgegen. Selbst die jüngste Weltgeschichte hat deutlich gemacht, dass Staaten und Staatsformen im ständigen Wandel sind. Die UNO selbst anerkennt dies. Wie auch wieder kürzlich die Ukraine gezeigt hat, sind selbst Regierungen ohne Mitwirkung der Judikative austauschbar. Es soll aber hier seitens der Verteidigung eindeutig klar gestellt werden, dass der Angeklagte nicht nach einem Sturz der Bundesregierung trachtet. Es soll nur klar gestellt werden, dass es nicht Aufgabe der Judikative ist, an der Staatengründung mitzuwirken. Die internationalen Regeln des Völkerrechts sind nach Art. 23 Grundgesetz Bestand der Rechtsordnung der Bundesrepublik und gehen den Gesetzen der Bundesrepublik sogar im Range vor.

Aus Sicht der Verteidigung liegt beim Angeklagten keine psychiatrische Störung vor. Insoweit folgt die Verteidigung der Auffassung des OLG Naumburg, wie oben zitiert.

Solange keine anderen Anhaltspunkte für das Gericht Ausschlag gebend sind, erklärt sich der Angeklagte mit einer psychiatrischen Begutachtung nicht einverstanden.

Mit freundlichen Grüßen



R. Schumann  
Rechtsanwalt